

Afrika in den Wahlprogrammen der im Bundestag vertretenen Parteien 2021

Eine Analyse von Ingo Henneberg, Deutsche Afrika Stiftung

In den vergangenen vier Jahren ist Afrika stärker ins Zentrum der deutschen politischen Debatten gerückt. Auch in ihren Wahlprogrammen stellen die Parteien ihre Positionen zu Afrika dar. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede hinsichtlich Detailtiefe, Schwerpunktsetzungen und den Zielvorstellungen der im Bundestag vertretenen Parteien, die Rückschlüsse auf die künftige Ausrichtung der deutschen Afrikapolitik erlauben. Die folgende Kurzanalyse beleuchtet die Grundstrukturen und Veränderungen gegenüber den Programmen aus dem Jahr 2017. Betrachtet werden die Wahlprogramme in den vier Bereichen 1) Wirtschaft und Entwicklung, 2) Frieden und Sicherheit, 3) Digitalisierung und Klimaschutz sowie 4) kultureller Austausch und Visafragen.

Grundstruktur und Veränderungen gegenüber 2017

Die in den Parteien je unterschiedliche Erarbeitung von Wahlprogrammen hat in aller Regel Einfluss auf deren Struktur und Detailgrad. Während beim Programm von CDU/CSU und dem der SPD ein in den jeweiligen Parteizentralen erarbeiteter Entwurf von Vorständen beschlossen und in der Regel nur geringfügig geändert wird, sind andere Parteien traditionell diskussionsfreudiger. Besonders augenscheinlich ist dies beim Programm der Grünen, deren Entwurfstext durch den Parteitag (bzw. Anträge aus Parteistrukturen) deutlich abgeändert wurde. Auch bei der Linken gab es zum Beispiel im Abschnitt zur Kolonialgeschichte deutliche Erweiterungen im Vergleich zum Entwurf der damaligen Vorsitzenden.

Auffällig sind die Veränderungen gegenüber den Wahlprogrammen von 2017: Einige Parteien haben erhebliche Veränderungen vorgenommen, die sich auch auf die Befassung mit Afrika auswirken. Wie die traditionell für äußerst umfassende Wahlprogramme bekannten Grünen, die ihr Programm von 248 Seiten im Jahr 2017 auf 135 Seiten 2021 fast halbierten, kürzten auch die FDP (von 158 auf 91 Seiten) und die SPD (von 116 auf 66 Seiten). Die für sehr kurze Programme bekannte CDU/CSU erweiterte ihr Programm hingegen von knappen 76 Seiten 2017 auf 140 Seiten im Jahr 2021. Auch Schriftgrößen und Formatierungen spielen eine Rolle, die sich kaum seriös vergleichen lassen. Der veränderte Umfang der Programme wirkt sich auch auf die Häufigkeit der Nennung des Themas „Afrika“ in den jeweiligen Programmen aus, sodass die Häufigkeit der Nennung Afrikas im Verhältnis zur Länge des jeweiligen Programms gesetzt werden muss.

	Umfang 2017 in Seiten	Nennungen Afrikas 2017	Umfang 2021 in Seiten	Nennungen Afrikas 2021
CDU/CSU	76	19x	140	16x
SPD	116	6x	66	1x
AFD	76	11x	105	2x
FDP	158	2x	91	11x
Linke	144	8x	168	4x
Grüne ¹	248	24x	135	12x

1 Die Reihenfolge entspricht der Größe der Fraktionen im Deutschen Bundestag nach der Bundestagswahl 2017.

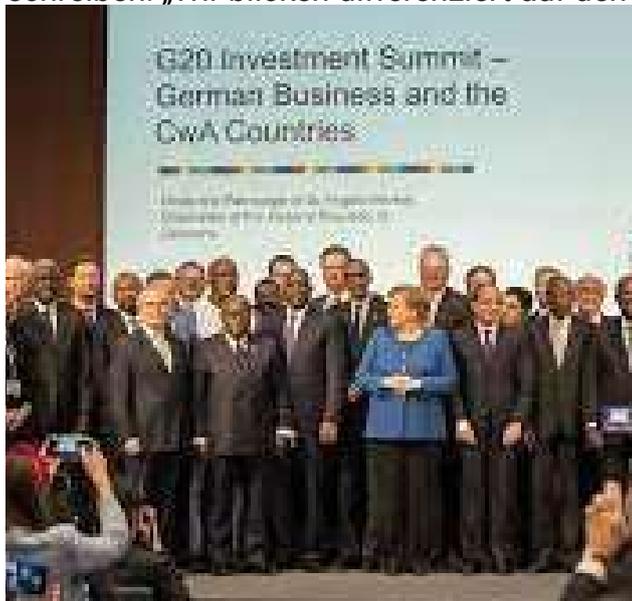
Afrika in den Wahlprogrammen der im Bundestag vertretenen Parteien 2021

Viele Wahlprogramme waren 2017 deutlich von der „Migrationskrise“ 2015 geprägt, so dass Migrations- und Asylaspekte sowie Fragen der Nachbarschaftspolitik insbesondere durch die Nennung von Nordafrika oder nordafrikanisch die hohe Anzahl der Afrika-Nennungen begründeten.

Der jeweilige Stellenwert des Themas Afrika für eine Partei lässt sich insofern nur begrenzt durch eine quantitative Auswertung fassen; interessanter sind strukturelle und inhaltliche Aspekte. CDU/CSU, FDP und Grüne widmen Afrika 2021 jeweils ein eigenes und relativ umfangreiches Unterkapitel. Das einschlägige Kapitel der CDU/CSU ist im Vergleich zu 2017 deutlich länger und substantieller geworden, gleiches gilt für die Grünen. Die FDP hatte 2017 kein eigenes Afrika-Kapitel in ihrem Programm. Bei allen drei Parteien hat der Fokus auf Afrika daher zugenommen. SPD, Linke und AFD legen dagegen in ihren Programmen kaum einen Schwerpunkt auf Afrika und behandeln den Kontinent im Rahmen anderer Politikfelder und Themen. Die SPD tut dies im Rahmen ihrer Äußerungen zur Entwicklungszusammenarbeit, die Linke im Rahmen der Aufarbeitung des Kolonialismus' und die AFD im Zuge der Befassung mit Migrationsthemen. Bei den drei letztgenannten Parteien ist dies keine Veränderung gegenüber den Programmen zur Wahl 2017. Die wörtlichen Zitate unten beziehen sich auf die beschlossene Fassung der jeweiligen Wahlprogramme von 2021, die in den Quellen angegeben sind.

Grundhaltung zu Afrika

Ausgangspunkt für ihre Afrikapolitik ist die Grundhaltung der jeweiligen Partei gegenüber dem Kontinent beziehungsweise den einzelnen afrikanischen Staaten und Gesellschaften. CDU/CSU und Grüne versuchen, trotz der Kürze der programmatischen Äußerungen zu Afrika der Heterogenität des Kontinents gerecht zu werden: Bei CDU/CSU heißt es: Eine „friedliche, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung unseres Nachbarkontinents Afrika ist im deutschen und europäischen Interesse. Un-sere Afrikapolitik gestalten wir auf Basis eines modernen und differenzierten Afrikabildes“. Die Grünen schreiben: „Wir blicken differenziert auf den afrikanischen Kontinent und seine Regionen in all ihrer



Vielseitigkeit.“ (...) „Europäische Afrikapolitik muss sich von patriarchalen Denkmustern freimachen, die europäische Verantwortung annehmen und die jeweiligen Interessen in Einklang bringen.“ Die Grünen widmen dem Verhältnis zu Afrika ein eigenes Unterkapitel mit dem Titel „Nachbarschaft und Partnerschaft mit den Staaten Afrikas“. Für die SPD verbindet Europa und Afrika eine „enge Partnerschaft auf Augenhöhe“, die die Partei weiter vertiefen will. Die FDP möchte Afrika partnerschaftlich unterstützen und hebt Europas historische Verantwortung für den afrikanischen Kontinent hervor. Bei der Linken sowie der AFD fehlen konkrete Aussagen zur eigenen Grundhaltung gegenüber Afrika, jedoch lassen sich diese u.a. aus den Positionen zu Kolonialismus (Linke) und Migration (AFD) ableiten.

Abb.1 Gruppenbild mit Bundeskanzlerin Merkel beim Compact with Afrika Treffen 2019 ©flickr.com

Afrika in den Wahlprogrammen der im Bundestag vertretenen Parteien 2021



Abb. 2 Bundespräsident Steinmeier mit den Präsidenten von Rwanda, Elfenbeinküste und Guinea, 2019 ©flickr.com

Wirtschaft, Handel und Entwicklungszusammenarbeit²

Als langjährige Regierungsparteien konzentrieren sich die CDU/CSU darauf, die in den Merkel-Jahren angestoßenen Projekte wie den Marshallplan mit Afrika oder den Compact with Africa in den Vordergrund zu rücken³. Oberziel ist eine „Entwicklungspartnerschaft im Afrika“. Zudem wird auf die im Entstehen begriffene *Afrikanische Kontinentale Freihandelszone (AfCFTA)* als Chance für die weitere Öffnung des *EU*-Binnenmarkts verwiesen.

Besondere Bedeutung hätten dabei der Zugang zu Kapital sowie staatliche Garantien zur Risikoabsicherung bei Handel, Investitionen und Großprojekten. In der Zusammenarbeit mit Afrika soll auf die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft gesetzt werden; Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit sollen besser verzahnt werden. Die FDP widmet einen Großteil ihres Afrikakapitels Wirtschaftsfragen. Auch hier wird die *AfCFTA* als sehr unterstützenswertes Projekt wahrgenommen. Zudem sollen die *EU*-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen überarbeitet - und allen afrikanischen Staaten ein bevorzugter Marktzugang ohne Protektionismus geboten werden. Subsahara-Afrika solle „zu einem echten Wirtschaftspartner“ werden. Die *EU* müsse die „regionale wirtschaftliche Integration innerhalb Afrikas und die nachhaltige Wertschöpfung vor Ort stärker unterstützen“. Auch die Grünen unterstützten die *AfCFTA* und fordern mehr Zusammenarbeit zwischen der *EU* und Afrika bei Digitalisierung und Nachhaltigkeitsthemen (s.u.). Darüber hinaus finden sich wenig explizite Forderungen zur Wirtschaftskooperation mit Afrika im grünen Programm. Die Linke nennt Afrika in einem kurzen Abschnitt zur Entwicklungszusammenarbeit, welche sie in der jetzigen Form als „Ausbeutung“ kritisiert. Namentlich werden der Marshallplan mit Afrika und der *Compact with Africa* kritisiert und ihre Einstellung gefordert. Zu Fragen der Landwirtschaft finden sich bis auf den Verweis auf „marktverzerrende Subventionen der *EU* insbesondere im Agrarbereich“ bei der FDP kaum konkrete Punkte. SPD und AFD legen keine afrikaspezifischen Ideen und Vorschläge für den Teilbereich Wirtschaft, Handel und Entwicklungszusammenarbeit vor. Die SPD bekennt sich allerdings dazu, das nationale Lieferkettengesetz weiterentwickeln zu wollen.

Frieden, Sicherheit und gute Regierungsführung

Im Bereich Frieden, Sicherheit und gute Regierungsführung zeigt sich ein vertrautes Bild in den Afrikakapiteln der Parteien: Der Sieg der Taliban in Afghanistan ist in den Programmen noch nicht reflektiert: Die CDU/CSU möchte Korruptionsbekämpfung und Rechtsstaatlichkeit fördern.

2 Für eine stärkere Beschäftigung mit den wirtschaftspolitischen Forderungen der Parteien zu Afrika, verweise ich auf die Ausarbeitung des Afrikaverains der deutschen Wirtschaft: <https://www.afrikaverain.de/insight-africa/news/analyse-afrika-in-den-wahlprogrammen-zur-bundestagswahl/>

3 Der Begriff Compact with Africa wird interessanterweise nicht genutzt, vielleicht um eine englische Formulierung zu vermeiden.



Abb. 3 Bundeskanzlerin Merkel begrüßt den ruandischen Staatspräsidenten Kagame beim Compact with

Außerdem will man „die Staaten und Gesellschaften Afrikas im Laufe des Jahrzehnts dazu befähigen, selbst und mithilfe der Afrikanischen Union den Terrorismus zu bekämpfen und für ihre eigene Sicherheit zu sorgen.“ Die FDP will wo nötig Sicherheitskräfte unterstützen und Anreize für gute Regierungsführung schaffen. Die Freiheit zur Eigengestaltung, Beteiligungsrechte und gute Regierungsführung seien „Grundvoraussetzungen für Wachstum und Entwicklung“. Die Grünen wollen insbesondere die zivile Krisenprävention stärken und die *Afrikanische Union* und Regionalorganisationen bei der Umsetzung ihrer 2015 verabschiedeten Agenda 2063 sowie den regionalen Entwicklungs- und Friedensagenden unterstützen.

Wie im Wirtschaftskapitel finden sich Gemeinsamkeiten beim Fokus auf Organisationen wie der *AU*. Unterschiedliche Gewichtungen lassen sich aus der jeweiligen Akzentuierung von Terrorbekämpfung versus ziviler Krisenprävention erkennen. Die Linke widmet dem Thema „zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention“ ein eigenes Kapitel, geht darin aber nicht auf afrikaspezifische Fragen ein. SPD, Linke und AFD legen keine Afrika-spezifischen Ideen und Vorschläge für den Teilbereich Frieden, Sicherheit und gute Regierungsführung vor.

Klimaschutz und Digitalisierung

CDU/CSU wollen „dazu beitragen, die Chancen der Digitalisierung, der erneuerbaren Energien oder nachhaltiger Mobilität zu nutzen.“ Dabei soll in „Partnerschaft mit der deutschen Wirtschaft und im Rahmen unserer europäischen Klimaaußenpolitik“ an der „Energiewende in Afrika“ gearbeitet werden. Die Kooperation mit der *EU* biete Potentiale „für den Klimaschutz und für die Kooperation in Zukunftstechnologie“. Bemerkenswert ist, dass die einzige Änderung am vorab zirkulierten Entwurfstext in der Streichung des Wortes „nachhaltig“ bestand. Der Text der FDP überrascht insofern, als dass anders als im sonstigen Programm die Digitalisierung trotz diverser deutscher Digital-Initiativen in Bezug auf Afrika nicht genannt wird. Klimaschutz und Nachhaltigkeit werden ebenfalls nicht erwähnt. Die Grünen handeln ihre Kernthemen mit dem Satz ab, die „Zusammenarbeit zwischen der *EU* und Afrika solle sich auf Klimaschutz, Digitalisierung, Technologietransfer, [...] und die sozial-ökologische Transformation“ erstrecken; globaler Klimaschutz und Klimaaußenpolitik machen allerdings wesentliche Teile anderer Kapitel aus. Die Förderung fossiler Energieträger durch Instrumente der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik wollen die Grünen beenden. SPD, Linke und AFD legen keine afrikaspezifischen Ideen und Vorschläge für den Teilbereich Klimaschutz und Digitalisierung vor.

Kultureller Austausch, Visa-Vergabe und Aufarbeitung kolonialen Unrechts

Die FDP stellt in ihrem Programm klar, dass Europa seiner historischen Verantwortung im Hinblick auf Afrika gerecht werden müsse. Die Linke widmet der Aufarbeitung des deutschen und europäischen Kolonialismus ein eigenes Kapitel, ohne ein eigenes Afrikakapitel zu präsentieren. Darin fordert sie, dass der Kolonialismus als Unrechtsherrschaft anerkannt werden müsse. Zudem wolle man

Afrika in den Wahlprogrammen der im Bundestag vertretenen Parteien 2021

Einrichtungen sowie eine Unterstützung der antikolonialen Erinnerungskultur in den ehemaligen Kolonien“. Einen expliziten Afrikabezug hat die Forderung nach einem „Denk- und Mahnmal für die Opfer des deutschen Kolonialismus am Ort der sogenannten Afrika-Konferenz in Berlin“. Ein weiterer Abschnitt beschäftigt sich mit dem Genozid an den Herero und Nama und der Aussöhnungspolitik gegenüber Namibia. Die Grünen wollen nicht nur mit der „Zivilgesellschaft, Kultur und Wissenschaft in Afrika (...) verstärkt zusammenarbeiten“, sondern auch „die vielfältige afrikanische Diaspora in Europa stärker beteiligen“, eine Schwerpunktsetzung, die sich so in den Programmen der anderen Parteien nicht findet. Zudem wollen sie „sichere Migrationswege aus Afrika nach Europa ermöglichen“ und eine Politik, die auf die „Abwehr von Geflüchteten“ gezielt beenden. In Bezug auf die koloniale Vergangenheit wolle man „die europäische Verantwortung annehmen“. CDU/CSU, SPD und AfD legen keine konkreten afrikaspezifischen Ideen und Vorschläge für den Teilbereich Kultur, Visa und Kolonialvergangenheit vor.

Koalitionsoptionen und Kohärenz mit anderen Politikfeldern

Die deutsche Afrikapolitik allgemein wird nach der Wahl kaum im Zentrum von Koalitionsgesprächen stehen. Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, die Afrika direkt betreffen, könnten aber durchaus eine gewisse Rolle in Koalitionsverhandlungen spielen. Dies betrifft vor allem die Fragen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, die insbesondere die Linke ablehnt.



Abb. 4: Präsident Akufo-Addo und Dr. Uschi Eid bei einem Arbeitsfrühstück der Deutschen Afrika Stiftung anlässlich des *Compact with Afrika 2021*

von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, die insbesondere die Linke ablehnt.

Auf der strategischen Ebene wollen CDU/CSU die Beziehungen zu „Afrika zu einer vertieften institutionellen Partnerschaft in Form eines EU-Afrikarats weiterentwickeln“, ohne diesen Vorschlag aber genauer zu erläutern. Die FDP will eine „europäisch und zwischen den europäischen Mitgliedstaaten abgestimmte Afrikapolitik“, und auch die Grünen wollen eine „gemeinsam entwickelte EU-Afrika-Strategie“ und eine aktivere deutsche Rolle dabei. Bei diesen drei Parteien mit ausgearbeiteten afrikapolitischen Forderungen findet sich insofern ein hohes Maß an Übereinstimmung. Afrikapolitik als Querschnittsthema verschiedener Fachpolitiken und Ressorts kann nur bei einem höheren Maß an Kohärenz und Abstimmung zwischen den einzelnen

Politikfeldern erfolgreich sein. Zu institutionellen Details wie den nötigen personellen Ressourcen oder Koordinierungsmechanismen schweigen sich die meisten Wahlprogramme aus. Eine auch in Bezug auf Afrika relevante Ausnahme bildet die Forderung nach einem Nationalen Sicherheitsrat, den CDU/CSU und FDP mit leicht unterschiedlichen Formulierungen in ihren Programmen fordern - und auch in den TV-Debatten prominent vertreten haben. Bei den Grünen findet sich etwas versteckt ebenfalls ein solches Kohärenzgremium, welches im Programm als „Rat für Frieden, Nachhaltigkeit und Menschenrechte“, in TV-Debatten aber jüngst als „Friedens- und Sicherheitsrat“ bezeichnet wurde.⁴

4 Annalena Baerbock beim Triell zur Zukunft der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik von ARD und Müchener Sicherheits-konferenz https://securityconference.org/assets/02_Dokumente/03_Materialien/210819_Transkript_Be-

Afrika in den Wahlprogrammen der im Bundestag vertretenen Parteien 2021

Aus der SPD gab es bis zuletzt eher zurückhaltende Stimmen zu dieser Frage, während Linke und AFD diese strategischen Aspekte einer koordinierten Außen- und Sicherheitspolitik aus entgegengesetzten Gründen ablehnen.

Fazit: CDU/CSU, FDP und Grüne mit „mehr Afrika“ in ihren Programmen

Insbesondere bei CDU/CSU, FDP und Grünen kann von einer verstärkten und differenzierteren Beschäftigung mit Afrika in ihren Wahlprogrammen im Vergleich zu den Programmen von 2017 gesprochen werden. In vielen der allgemeineren Fragen stimmen diese drei Parteien zudem überein. Eigene Akzente werden entlang der inhaltlichen Schwerpunkte der Parteien in anderen Feldern gesetzt: Einzige Ausnahme ist hier die Auslassung der Digitalisierung durch die FDP. Grundsätzlich aber bemühen sich die o.g. Parteien, Afrika nicht allein im Kontext von Korruption, Armutsbekämpfung, Migration und Terror zu behandeln. Interessen, die Europa und Afrika gemeinsam haben, werden stärker betont als in der Vergangenheit. Linke und die AFD treffen fast keine afrikaspezifischen Aussagen; allerdings formuliert die Linke eine Reihe von Vorstellungen im Hinblick auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen, die auf Afrika Anwendung finden können. Die SPD hält sich mit spezifischen afrikapolitischen Forderungen sehr zurück, wobei sich dies mit der ausgesprochenen Kürze des Programms insgesamt erklären lässt.

Quellen

CDU/CSU:

2021: <https://www.ein-guter-plan-fuer-deutschland.de/programm/Beschluss+Programm.pdf>

2017: <https://archiv.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1>

SPD:

2021: <https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf>

2017: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Bundesparteitag_2017/Es_ist_Zeit_fuer_mehr_Gerechtigkeit-Unser_Regierungsprogramm.pdf

AFD:

2021: https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2021/06/20210601_AfD_Programm_2021_ONLINE.pdf

2017: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf

FDP:

2021: https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP_Programm_Bundestagswahl2021_2.pdf

2017: <https://www.fdp.de/sites/default/files/import/2017-08/4598-20170807-wahlprogramm-wp-2017-v16.pdf>

Linke:

2021: https://www.die-lin-ke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE_LINKE_Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2021.pdf

2021: Entwurf der ehemaligen Vorsitzenden https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/BTWP21_Entwurf_Vorsitzende.pdf

2017: https://www.die-lin-ke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm2017/die_linke_wahlprogramm_2017.pdf